

## **Kein leichtes Ende für die "Bürgerarbeit"**

Im Jahr 2014 laufen alle "Bürgerarbeiten" aus, die meisten von ihnen bereits Ende März – das Ende war mit dem Start der Beschäftigungsmaßnahme vor drei Jahren bereits festgelegt. In Dortmund verläuft dieses Ende besonders dramatisch – die Stadtverwaltung war stolz auf ihre Rekordteilnahme an den fremdfinanzierten Maßnahmen (ca. 500) - nun ist ein Rekord an Beendigungen der Maßnahmen zu verkräften.

Das Ende ist dramatisch zuallererst für die Bürgerarbeiter/innen selbst – allen Versprechungen zum Trotz gehen die meisten zurück in die Arbeitslosigkeit. Zurück in Hartz IV ist da unausweichlich und kommt für sie persönlich häufig einer Katastrophe gleich. Drei Jahre lang wurden sie nicht nur außertariflich und in allen Aspekten untertariflich in Beschäftigung gehalten, sondern sie wurden auch außerhalb des Arbeitsrechts gestellt. Ohne Umweg landen sie nun wieder in die Grundsicherung ALG II – zurzeit erhalten sie neue vom Jobcenter diktierte Eingliederungsvereinbarungen.

Das Ende ist zweitens dramatisch für die Arbeitsfelder, in denen Bürgerarbeit geleistet wurde - Schulhausmeistereien, KiTaKüchen, Stadtteile (Service- und Präsenzdienste, Kümmerer), Botanischer Garten, Hauptfriedhof u.a.m. Wie soll es hier weitergehen, wie können die erforderlichen und ausgeführten Arbeiten nach Ende der Maßnahme sichergestellt werden? Die Bürgerarbeiter/innen durften offiziell zwar nur "zusätzliche" Tätigkeiten ausführen, in Wirklichkeit oblagen ihnen hauptsächlich die für ihre Einsatzplätze in den Tarifverträgen bezeichneten Tätigkeiten.

Die Abschlussphase beginnt nun die Arbeitsgerichte zu beschäftigen. Auch in Dortmund sind die ersten Klagen eingereicht – es geht vor allem um Nachzahlungen für vorenthaltene tarifgerechte Löhne und Leistungen in Höhe von jeweils mehreren Tausend Euro sowie um Entfristung der Beschäftigungsverträge. Die Klagen werden als aussichtsreich eingestuft. Wir meinen, alle Bürgerarbeiter/innen sollten ihre Chance zu klagen prüfen und sich dabei fachlich - z.B. von der Gewerkschaft ver.di oder vom Arbeitslosenzentrum - beraten lassen!

Die Abschlussphase beschäftigt bereits Politik und staatliche wie kommunale Verwaltungen mit der Suche nach neuen Möglichkeiten billigen Arbeitseinsatzes erwerbsloser Menschen. Die Gefahr ist groß, dass ihnen nichts anderes als "weiter so" einfällt: Ein Sozialer Arbeitsmarkt als das Weiterführen des "Förderns und Forderns" unter immer anderen Programm-Bezeichnungen. Es darf nicht sein, dass dies jetzt wieder im Hintergrund ausgeheckt und zu Lasten der Erwerbslosen und des gesamten Tarifsystems beschlossen wird. Wir meinen, dieser Herausforderung können sich die Betroffenen nicht allein stellen – die Gesellschaft, vor allem auch Gewerkschaften und soziale Bewegungen sind gefordert!

Mehr zum Thema auf der Website des Sozialforums:

<http://agora.free.de/sofodo/stellen-im-rahmen-des-modells-buergerarbeit-sind-nach-tvoed-zu-vergueten>